

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN
UND FINANZDIREKTOREN**

Herr Bundesrat
Ueli Maurer
Vorsteher EFD
Bernhof
3003 Bern

Bern, 29. September 2017

Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2018

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Die Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV) übermittelte der FDK den Bericht vom Juni 2017 über den Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen zur Stellungnahme. Wir unterbreiteten den Bericht gemäss gängiger Praxis¹ den Kantonsregierungen. Die FDK-Ple-narversammlung sprach sich am 29. September 2017 über die Ergebnisse der Anhörung aus und äussert sich zu den Finanzausgleichszahlen 2018 wie folgt.

Die Kantone haben die für Ihren Kanton verwendeten Zahlen, im Besonderen jene des neu-esten Bemessungsjahrs 2014, geprüft und die Berechnungen des Berichts plausibilisiert. Ge-stützt darauf stellte der **Kanton Zürich einen Antrag auf Anpassung der Berechnungs-grundlage**. In zwei wirtschaftlich bedeutenden Fällen von juristischen Personen sind rektifi-zierte Steuererklärungen direkt dem Steuerkommissar eingereicht worden, welche im Sys-tem der Dienstabteilung Inkasso nicht erfasst worden sind. Die Steuererklärungen inklusive Spartenrechnung lagen in beiden Fällen im Extraktionszeitpunkt vor.

Vor diesem Hintergrund hält die FDK die entsprechende Anpassung der Datengrundlagen für gerechtfertigt und unterstützt den Änderungsantrag des Kantons Zürich. Für beide Unter-nehmen soll gemäss den geltenden Bestimmungen die Taxationsart 2 (definitiv veranlagt) gelten. Der Anpassungsbedarf wurde in der Fachgruppe Qualitätssicherung am 31. August 2017 bestätigt. Unsere Konferenz wurde über die finanziellen Auswirkungen dieser Anpas-sung auf die Datengrundlage und die Ausgleichszahlungen jedes einzelnen Kantons orien-tiert. Die übrigen Kantone stellten keine Änderungsanträge zu den Datengrundlagen.

Zweck der jährlichen Anhörung ist der Vollzug des Finanzausgleichs und die ordentliche Prü-fung der Datengrundlagen auf Basis der geltenden gesetzlichen Grundlagen. Unsere Konfe-renz äussert sich deshalb an dieser Stelle weder zur Wirksamkeit noch zur Weiterentwick-lung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs. Die von der FDK unterstützten und von der KdK verabschiedeten Reformanliegen zur Optimierung des Finanzausgleichs sollen im Rah-men der Vernehmlassung zum dritten Wirksamkeitsberichts diskutiert werden.

¹ Vgl. Botschaft zur Festlegung des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs sowie zum Bundes-gesetz über die Änderung von Erlassen im Rahmen des Übergangs zur NFA vom 8. Dezember 2006 (BBI 2007 736 f.).

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**KONFERENZ DER KANTONALEN
FINANZDIREKTORINNEN UND FINANZDIREKTOREN**

Der Präsident:



Charles Juillard

Der Sekretär:



Dr. Andreas Huber-Schlatter

Beilage

- Synopse der Stellungnahmen der Kantone zur Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2018

Kopie (Mail)

- Mitglieder FDK
- Mitglieder der Fachgruppe Qualitätssicherung
- Sekretariat KdK

FDK / CDF	Anhörung zu den Finanzausgleichszahlen 2018	Plenarversammlung / Assemblée plénière	29.09.2017
		Traktandum	7 – Beilage 2

Geht an:	Mitglieder FDK
Datum:	18.09.2017

1. Ausgangslage

Die FDK führt im Zusammenhang mit der Festsetzung der Finanzausgleichstransfers jährlich eine Anhörung bei den Kantonen durch. Mit Brief vom 19. Juni 2017 bat die FDK die Kantonsregierungen um eine Stellungnahme bis 23. August 2017. Die Anhörung bezog sich auf die Datengrundlagen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2017 über den Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen. Die vorliegende Notiz fasst die kantonalen Stellungnahmen zusammen. Die Fachgruppe Qualitätssicherung und der FDK-Vorstand nahmen das Ergebnis an ihrer Sitzung vom 31. August 2017 bzw. 15. September 2017 zur Kenntnis.

2. Zusammenfassung

Es sind Rückmeldungen aus sämtlichen Kantonen zu den Zahlen 2018 eingegangen. Anträge zur Wirksamkeit, Dotation und Möglichkeiten der Weiterentwicklung des Finanzausgleichs sind nicht Gegenstand der Anhörung

- 25 Kantone stellen keinen Antrag zur Änderung der Zahlengrundlagen 2018:
AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GL, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, UR, VD, VS, ZG
- **Anträge betreffend Zahlengrundlagen und Qualitätssicherung an die FDK:**
 - Kanton ZH:** Datenmeldungen in zwei Fällen nicht korrekt. Die Steuererklärungen inkl. Spartenrechnungen (rektifizierte Steuererklärungen) lagen in beiden Fällen im Extraktionszeitpunkt vor.
 - Kanton TI:** Verbesserung der Dokumentation bei der Berechnung des Lastenausgleichs insbesondere für die Detailberechnungen des Armutsindikators.

3. Stellungnahme der Kantone

Kanton	Stellungnahme zu den Zahlen 2018
AG 16.8.	"(...) Nach Prüfung der Unterlagen können wir bestätigen, dass die Datenlieferung des Kantons Aargau korrekt wiedergegeben wird und der Bericht keinen Anlass zu Bemerkungen respektive Anpassungen gibt. Der Regierungsrat reicht deshalb keine Anträge zu den Datengrundlagen des Kantons Aargau ein und nimmt den Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zur Kenntnis. (...)"
AI 7.7.	<p>"(...) Die Berechnungsgrundlagen für das Ressourcenpotenzial 2018 beruhen auf dem Dreijahresdurchschnitt der Bemessungsjahre 2012, 2013 und 2014. Es widerspiegelt somit die wirtschaftliche Situation der Kantone in den Jahren 2012 bis 2014. Die Steuerverwaltung hat die Zahlen 2014 geprüft. Sie entsprechen den eigenen Berechnungen. Die Datengrundlagen für die Jahre 2012 und 2013 wurden summarisch überprüft. Es wurden keine Fehler festgestellt.</p> <p>Die Datenbasis 2014, die neu für die Berechnung des NFA 2018 beigezogen wird, ersetzt die Zahlen des Jahres 2011. Somit kommt der Mittelwert der Jahre 2012 - 2014 zur Anwendung. Sämtliche gelieferten Zahlen zu den Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen und der Gewinne der juristischen Personen 2014 konnten verifiziert werden.</p> <p>Des Weiteren wurde geprüft, ob die vom Kanton gelieferten Zahlen beim Bund korrekt verarbeitet wurden, ob die NFA-Berechnungen auf diesen Daten beruhen und ob diese auch nachvollziehbar sind. (...)</p> <p>Die Standeskommission nimmt von den Grundlagen für die Berechnung Kenntnis und erklärt sich auf dieser Basis mit den provisorischen NFA-Zahlen 2018 einverstanden. (...)"</p>
AR 15.8.	" Der Regierungsrat AR hat am 15.8.2017 den Bericht über den NFA 2018 zustimmend zur Kenntnis genommen und das Departement Finanzen beauftragt, der FDK mitzuteilen, dass die Berechnungen des Bundes korrekt sind und keine Anträge gestellt werden."
BE 16.8.	"(...) Unsere zuständigen kantonalen Fachämter haben die statistischen Grundlagen für die Berechnung des Ressourcenausgleichs (Steuerverwaltung) bzw. des Lastenausgleichs (Finanzverwaltung) des Kantons Bern soweit als möglich geprüft; die vorliegenden Daten werden als korrekt beurteilt. Gestützt auf die von den Bundesbehörden vorgenommenen Arbeiten sowie gestützt auf die Beurteilung unserer Fachämter ist der Regierungsrat mit den Berechnungen der Ausgleichszahlungen für das Jahr 2018 einverstanden. (...)"
BL 22.8.	"(...) Wir können die korrekte Datenübernahme für den Kanton Basel-Landschaft für die aggregierte Steuerbemessungsgrundlage (ASG) 2014 bestätigen. Die für den Kanton Basel-Landschaft verwendeten Daten stimmen somit als Datengrundlage für den Finanzausgleich 2018. Wir stellen keine Anträge (...)"
BS 16.8.	<p>"(...) Wir haben die im Bericht dargelegten Zahlen für den Kanton Basel-Stadt stichprobenweise geprüft und keine Ungereimtheiten festgestellt. In technischer Hinsicht erscheinen uns die Berechnungen plausibel und wir nehmen sie zur Kenntnis. (...)</p> <p>Die Dotation des Ressourcenausgleichs steigt im Jahr 2018 um 127 Mio. Franken auf 4.076 Mia. Franken. Der ressourcenschwächste Kanton Jura erreicht nach den Zahlungen aus dem Ressourcenausgleich 2018 einen Ressourcenindex von 88.2 Punkten, was erneut über dem Wert des Vorjahres (87.8 Punkte) und weit über der gesetzlich angestrebten Mindestausstattung von 85 Punkten liegt.</p> <p>Das Übertreffen der angestrebten Mindestausstattung ist das Abbild der Überdotation des Ressourcenausgleichs: Die Überdotation steigt 2018 auf über 940 Mio. Franken. Mit anderen Worten liesse sich die gesetzlich angestrebte Mindestausstattung der ressourcenschwächsten Kantone von 85 Punkten mit deutlich weniger finanziellen Mitteln als heute erreichen. Die Überdotation belastet den Bundeshaushalt und die Haushalte der ressourcenstarken Kantone erheblich, und zwar die Bundeskasse mit rund 560 Mio. Franken und die ressourcenstarken Kantone mit rund 380 Mio. Franken.</p> <p>Das weitere Wachstum der Überdotation ist erstens auf die verpolitisierte und im Ergebnis zu hohe Festlegung der Grundbeiträge des Ressourcenausgleichs und zweitens auf die bekannten Schwachstellen des Ressourcenausgleichs zurückzuführen. Die politische Arbeitsgruppe der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat mit ihrem Beschluss zur Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs vom 17. März 2017 einem integralen Paket zur</p>

	Optimierung des NFA im Sinne von Eckwerten zugestimmt. Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt unterstützt die angestrebte Optimierung des NFA. Wir fordern die Kantone und den Bund mit Nachdruck dazu auf, das Gesamtpaket mitzutragen, um die dringend nötigen Verbesserungen des NFA umzusetzen. (...)
FR 22.8.	<p>"(...) D'une manière générale, le rapport de l'AFF et les informations complémentaires mises à disposition sur son site Internet présentent clairement les évolutions intervenues depuis l'année dernière et fournissent tous les éléments nécessaires aux administrations cantonales pour s'assurer du bon usage des données les concernant directement et contrôler les calculs globaux. Il n'est par contre bien entendu pas possible pour un canton de se prononcer sur les données de base relatives aux autres cantons.</p> <p>En ce qui concerne la procédure, nous nous permettons de souligner que l'audition doit se limiter, comme à l'accoutumée et conformément aux explications données dans votre courrier, à la vérification des chiffres péréquatifs de l'année prochaine. Les éventuelles propositions d'adaptation qui dépasseraient ce cadre et toucheraient au système péréquatif en tant que tel ne devraient dès lors pas être prises en compte dans la réponse consolidée que la CDF préparera à l'intention du DFF.</p> <p>Dans le cadre des discussions relatives au rapport du groupe de travail politique « Optimisation de la péréquation financière Confédération-cantons », les cantons ont eu l'occasion de s'exprimer à plusieurs reprises au cours de l'année écoulée sur d'éventuelles adaptations du système péréquatif. Les positions majoritaire et minoritaire ont été transmises au groupe technique « efficacité », qui est en train de les examiner. Il convient d'attendre son rapport et les propositions du Conseil fédéral avant de poursuivre le débat sur le sujet. (...)</p> <p>En matière de péréquation des ressources, l'analyse effectuée n'a pas révélé de différences significatives en ce qui concerne les données utilisées et les calculs effectués pour le canton de Fribourg. Ces données et calculs peuvent être considérés comme validés.</p> <p>Le constat d'une absence de différences significatives s'applique aussi à la compensation des charges géo-topographiques et à la compensation des charges socio-démographiques. Les données de base et les calculs relatifs à ces deux instruments peuvent être considérés comme approuvés par le canton de Fribourg.</p> <p>En ce qui concerne la compensation des cas de rigueur, les explications données et les chiffres communiqués n'appellent pas d'objection de notre part. Nous prenons acte de la diminution de 5 % des montants perçus et versés dans le cadre de cet instrument, conforme à ce qui est prévu à l'art. 19 al. 3 de la loi sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC), ainsi que des effets additionnels induits par la sortie du canton d'Obwald du cercle des bénéficiaires. (...)"</p>
GE 28.7.	<p>"(...) L'année 2014 est prise en compte pour la première fois et inclut, pour Genève, un dossier fiscal significatif. Notre Canton voit ainsi son potentiel de ressources augmenter de 3,7 points. Notre participation à la péréquation des ressources atteint 394 millions de francs, soit une augmentation de 86 francs par habitant. Les vérifications que nous avons opérées nous permettent de conclure que les calculs du potentiel de ressources effectués par l'AFF sont bien basés sur les données que nous avons transmises et respectent les formules de calcul de l'OPFCC.</p> <p>Le canton de Genève percevra en 2018 au titre de la compensation des charges excessives 102 millions de francs soit une augmentation de 5 millions de francs. Les contrôles réalisés sur les bases de données pour la compensation des charges liées à la structure sociodémographique nous permettent également de valider les calculs de l'AFF dans ce domaine.</p> <p>En conclusion, nous validons les bases de calcul des chiffres de la RPT pour l'année 2018 telles qu'elles nous ont été présentées par le rapport de l'AFF. (...)"</p>
GL 15.8.	"(...) Wir haben die Daten des Kantons Glarus zum Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen summarisch geprüft und konnten keine Fehler feststellen. Wir danken und vertrauen auf die wertvolle Arbeit der Bundesbehörden. Der Kanton Glarus nimmt die Berechnungen für den Finanzausgleich 2018 gemäss dem Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2017 zur Kenntnis.
GR 18.7.	<i>Rückmeldung aus dem Departement für Finanzen und Gemeinden GR:</i> "(...) Wir haben die im Bericht "Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen" der Eidgenössischen Finanzverwaltung vom Juni 2017 für Graubünden verwendeten Daten geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren

	<p>Unterlagen möglich war. Für den Ressourcenausgleich neu erfasst ist das Bemessungsjahr 2014. Die Daten sind unseres Erachtens korrekt berücksichtigt. Wir haben daher keinerlei Korrekturanträge. Die Veränderung des Ressourcenindex für Graubünden entspricht in etwa unseren Erwartungen. Auch die Ursprungsdaten des für Graubünden sehr relevanten Geografisch-topografischen Lastenausgleichs erscheinen stimmig und plausibel. Es gibt aus unserer Sicht daher keine Anhaltspunkte für fehlerhafte Daten. (...)"</p>
<p>JU 16.8.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Les pré-chiffres établis aussi bien par l'Administration fédérale des finances (fin avril) que les projections du BAK (fin juin) sont toujours très proches et sont très utiles à l'élaboration des budgets cantonaux. Nous remercions ces deux instances de leur précieux travail. • Les chiffres 2018 mis en consultation, sous réserve d'une correction ultérieure (autre canton ; erreur de saisie), correspondent à nos extrapolations issues des données fiscales jurassiennes transmises. <p>Cela étant dit et plus globalement, nos constats et propositions sont les suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> • Notre constat général de la situation est resté inchangé ces dernières années : il est urgent et indispensable que la Confédération reprenne la maîtrise du dossier RPT en augmentant son financement, du moins en ne le diminuant pas. Actuellement, les cantons contributeurs, via les propositions du rapport Marty soutenues par 21 cantons et la CdC, recherchent un allègement de leurs contributions de 300 à 700 mios (avec toute ou partie de l'allègement fédéral).' • Vu l'augmentation annuelle moyenne des charges générales totales des cantons (passage de 69,7 mias en 2004 à 90,5 mias en 2016, soit en progression annuelle moyenne de + 2,2%), il s'agirait plutôt d'augmenter la dotation de base destinée à financer les prestations aux cantons les plus faibles, tant il est vrai qu'aucune réduction significative des disparités de ressources, des charges à financer et donc de charge fiscale, ne peut être démontrée. • Si la majorité des cantons forts n'arrive effectivement pas à financer l'évolution de sa contribution, il faut rappeler en premier lieu que leur taux d'impôt global (Confédération-Etat-communes-paroisses) est souvent largement inférieur au taux d'écrêtement (19-21% selon l'année) du système. A l'inverse, pour les cantons faibles, le taux d'écrêtement progressif peut atteindre plus de 90% (voire 100% notamment pour les répartitions fiscales et les entreprises sans privilège fiscal). Ce taux ne permet pas de conserver une éventuelle amélioration de sa situation, il présente toutefois l'avantage de maintenir les paiements en cas de détérioration. • Notre canton, présentant à nouveau le plus faible indice des ressources pour la 3e année consécutive, atteindra un indice après péréquation financière de 88,2%. Une proposition de la CdC est actuellement à l'étude pour limiter l'indice le plus faible à 86,5%. Cela représente une dotation de base de 3'590 mios, soit un montant équivalent à celui de 2011, année où justement l'indice après péréquation n'atteignait que 83,3%. L'évolution de l'indice des ressources après péréquation fait l'objet d'une interprétation biaisée : une amélioration de cet indicateur ne représente pas systématiquement une amélioration financière du canton concerné. L'indice ne tient en effet pas compte de l'évolution des nouvelles charges financées par les cantons suite à l'introduction de la RPT et surtout il prend en considération des valeurs non comparables et non complètement corrélées, à savoir les recettes fiscales et le potentiel de ressources. • Comme son nom l'indique, nous sommes en présence d'un indice et donc d'une valeur relative entre cantons. Ainsi, l'évolution très différenciée des cantons est problématique (forte différence entre le premier et le dernier en termes de potentiel par habitant, charge fiscale, environnement général). De plus, les exemples ci-dessous illustrent les limites de cet indice : <ul style="list-style-type: none"> ○ Dans le contexte économique actuel, les recettes fiscales ont tendance à stagner et la concurrence fiscale s'accroît entre cantons. Cette conjonction d'événements implique ainsi une augmentation quasi mathématique de l'indice des ressources pour les cantons. Globalement, sur l'ensemble du territoire le potentiel de ressources progresse faiblement et les revenus fiscaux cantonaux encore plus faiblement, voire diminuent dans certains cantons. ○ Dans le contexte économique difficile d'une crise importante et prolongée, l'évolution du potentiel serait faible, voire négative, mais les recettes fiscales seraient, elles, certainement revues à la hausse pour financer les prestations publiques plus nombreuses et exigées de l'Etat. Dans ce cas, l'indice après péréquation, pourrait comme en 2011, être largement inférieur à 85% et donc aux 86,5% au minimum nouvellement exigé.

	<ul style="list-style-type: none"> • Avec les propositions actuellement sur la table, si rien n'est entrepris, notamment en cas de crise, les incidences financières seraient alors insupportables car les contributions des cantons forts devraient alors être largement augmentées (500-1'000 mio) comme les simulations le démontrent sur la pire année 2011. Le cas le plus difficile à faire admettre reste encore une importante amélioration du dernier canton qui réduirait alors drastiquement l'ensemble des paiements, toujours sans tenir compte de leur évolution par rapport à la moyenne. L'esprit du système RPT s'en retrouve totalement dévoyé. Le niveau de comparaison après péréquation financière doit être revu et toute la discussion actuelle sur l'objectif à atteindre à 85% ou 86,5% urgemment recentrée; • La Confédération bénéficie à plus d'un titre (IFD, TVA, etc.) de chaque effort cantonal ou communal visant à accueillir des entreprises et/ou des personnes physiques sur le sol helvétique. Une augmentation directe et mesurée de la contribution fédérale serait, de loin, la solution la plus efficace et rapide pour le maintien de l'attractivité de l'ensemble du pays, notamment de l'attrait des cantons de Zoug ou Schwyz qui déborde largement de leurs frontières cantonales et ce particulièrement dans la perspective de l'introduction du projet fiscal 17 et de ses importants effets directs et indirects ; • Personne ne connaît l'ampleur financière du projet fiscal 17. Cet aspect est tout aussi fondamental pour la conservation de l'équilibre du système RPT et du fédéralisme sur la durée. Une nouvelle fois, ce seront les cantons disposant des ressources les plus limitées et appliquant les taux d'exploitation fiscale les plus importants qui seront confrontés aux incidences financières directes (fiscales et budgétaires) et indirectes (RPT avec un décalage de 4 à 6 ans) les plus marquées ; • En conclusion, l'amélioration de la mécanique du système doit satisfaire à l'atteinte globale et durable des objectifs présents à l'article 2 de la loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges. Une réduction de la dotation, telle que proposée actuellement, n'y concourt pas ou crée des incidences négatives plus importantes que les avantages particuliers souhaités. De plus, ces incidences amplifient encore la volatilité générale déjà importante du système RPT particulièrement dans une période d'incertitude fiscale (2019-2021). (...)"
<p>LU 22.8</p>	<p>"Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass wir den Bericht der eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) zum Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen zuhanden der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK) geprüft haben. Unsere Dienststelle Steuern hat die für den Kanton Luzern verwendeten Zahlen einer Qualitätssicherung unterzogen und kann deren richtige Übernahme bestätigen. Wir verzichten deshalb auf Anträge zum Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2018.</p> <p>Der Kanton Luzern hat seit 2005 die natürlichen und juristischen Personen in drei Steuergesetzrevisionen um insgesamt rund 450 Millionen Franken entlastet (Kanton und Gemeinden). Dabei entfielen rund drei Viertel dieser Entlastungen (334 Mio. Fr.) auf die natürlichen Personen und rund ein Viertel (116 Mio. Fr.) auf die juristischen Personen. Steuersenkungen sind nicht Selbstzweck, sondern bilden eine wesentliche Rahmenbedingung eines Wirtschaftsstandortes. Mit dieser Strategie verfolgt der Kanton Luzern das Ziel, den Kanton Luzern soweit zu entwickeln, dass durch gestärkte eigene Ressourcen die Abhängigkeit von den Einnahmen aus dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) kleiner wird.</p> <p>Der Kanton Luzern hat seine Finanzkraft im Vergleich zum nationalen Durchschnitt stark verbessert. Diese Verbesserung zeigt sich an der Entwicklung des Ressourcenpotenzials des NFA. Im Zeitraum 2008 bis 2018 nahm das Ressourcenpotenzial um 58,1 Prozentpunkte gegenüber 2008 zu, während im gleichen Zeitraum das nationale Ressourcenpotenzial um 34,8 Prozentpunkte zunahm. Die positive Entwicklung führt einerseits zu mehr Steuereinnahmen, andererseits aber auch zu überproportional weniger Ressourcenausgleich im NFA. Das heisst: Die Mindererträge aus dem NFA übersteigen den Effekt aus dem gestiegenen Ressourcenpotenzial. So führen diese Ausfälle dazu, dass der Kanton Luzern letztlich netto Finanzmittel verliert. Diese Situation ist auf einen Systemfehler bei der Gewichtung der Unternehmensgewinne im NFA zurückzuführen. Der Kanton Luzern hat deshalb in allen bisherigen Diskussionen vom Bundesrat gefordert, dass ressourcenschwache Kantone in ihrer Entwicklung durch den NFA im Sinne eines Anreizsystems gestärkt und nicht geschwächt werden. Der Systemfehler ist deshalb so schnell als möglich zu beheben.</p> <p>Vordringlichstes Anliegen des Kantons Luzern im NFA ist deshalb die tiefere Gewichtung der Unternehmensgewinne im Rahmen der Arbeiten zum dritten Wirksamkeitsbericht. Heute erhöht ein Gewinnfranken die Finanzkraft im NFA in gleichem Masse wie ein Einkommensfranken. Unternehmensgewinne lassen sich jedoch steuerlich weniger stark ausschöpfen als natürliche Personen wegen der Mobilität des Kapitals. Bei circa der Hälfte der Kantone stellen Unternehmensgewinne im Rahmen des NFA ein finanzielles Verlustgeschäft dar. Die Steuereinnahmen aus zusätzlichen Unternehmensgewinnen reichen nicht, um die tieferen NFA-Zahlungen auszugleichen. Dieser Sachverhalt setzt falsche Anreize und ist ein Systemfehler.</p>

	<p>Die tiefere Gewichtung von Unternehmensgewinnen ist im Grundsatz bereits akzeptierte Praxis: Das Steuersubstrat von besonders besteuerten JP (Holdings etc.) wird nämlich heute schon mit dem Beta-Faktor nach unten korrigiert, dieses Prinzip liesse sich ohne technische Probleme auf alle juristischen Personen anwenden.</p> <p>Der Kantonsrat des Kantons Luzern wird voraussichtlich in der Septembersession 2017 über eine Motion über die Einreichung einer Kantonsinitiative zur Abschaffung von Fehlanreizen im NFA beraten.</p> <p>Wir bitten Sie um Kenntnisnahme."</p>
NE 11.8.	<p>"(...) Notre canton a pris connaissance des chiffres de la péréquation des ressources et de la compensation des charges et des cas de rigueur pour l'année 2018. Nous constatons à leur examen qu'ils sont en adéquation avec les données fournies par notre service des contributions.</p> <p>N'ayant relevé aucune incohérence particulière, nous considérons donc que les chiffres pour l'année de référence 2018 sont fiables en ce qui nous concerne. Nous n'avons pas d'autres remarques à formuler sur le rapport de l'Administration fédérale des finances. (...)"</p>
NW 22.8.	<p>"(...) Mit wiederum sehr grosser Besorgnis nehmen wir zur Kenntnis, dass die Leistungen des Kantons Nidwalden an den Ressourcenausgleich gegenüber dem Vorjahr um weitere 7.5 Millionen Franken oder um rund 19.8 Prozent zunehmen. Hat der Kanton Nidwalden im 2015 noch 21.4 Mio. einbezahlt, sind es drei Jahre später bereits 45.5 Mio. Franken. Gegenüber dem Jahr 2015 ist dies eine Zunahme von 24.1 Mio. Franken oder 112.6 Prozent (Faktor 2.1). Eine solche Zunahme ist gewaltig und stösst auf Unverständnis.</p> <p>Der Regierungsrat und der Landrat verabschiedeten im 2014 einen umfassenden Katalog mit Massnahmen, um den angespannten Finanzhaushalt des Kantons zu verbessern. Die gewaltigen Steigerungen der NFA Zahlungen belasten den Staatshaushalt schwer und wirken sich auf die Finanzpläne negativ aus.</p> <p>Der Entscheid des Parlaments, die Dotation entgegen des Vorschlages des Bundesrates zu kürzen, hat in unserem Kanton zu Unverständnis geführt. Die neuesten Zahlen bekräftigen unseren Unmut, da doch der ressourcenschwächste Kanton bereits einen Index nach Ausgleich von 88.2 Punkte (Vorjahr 87.3) aufweist. (...)</p> <p>Wir nehmen von den Berechnungen für das Jahr 2018 Kenntnis und haben keine weiteren Bemerkungen dazu. Die Daten unseres Kantons für das Jahr 2014 konnten wir anhand der vom kantonalen Steueramt gelieferten Steuerfaktoren verifizieren. (...)</p> <p>Die neusten Zahlen des Finanzausgleichs belegen den seitens der Geberkantone geforderten Korrekturbedarf. Trotz sinkender Disparitäten nehmen die Ressourcenausgleichszahlungen an die ressourcenschwachen Kantone weiter zu. Die ressourcenschwächsten Kantone erzielen 2018 eine Ressourcenausstattung nach Finanzausgleich von 88.2% des schweizerischen Durchschnitts, verglichen mit 87.8% 2017. Das liegt klar über dem angestrebten gesetzlichen Zielwert von 85%. (...)</p> <p>Der Kanton Nidwalden erwartet, dass die von der KdK vorgeschlagenen Massnahmen konsequent umgesetzt werden. Die Überdotation muss gekürzt werden und darf nicht mehr politisch durch die Übermacht der Nehmerkantone beeinflusst werden. Die Solidarhaftung unter den ressourcenstarken Kantonen ist aufzuheben.</p>
OW 25.8.	<p>"(...) Wie bereits in den Vorjahren ist zu bemerken, dass die NFA-Beträge mit den vorliegenden Angaben durch uns nicht direkt rechnerisch verifiziert werden können. Wie aus dem der Vernehmlassung beiliegenden Prüfungsbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle zu entnehmen ist, werden die von den kantonalen Steuerämtern gelieferten Daten überprüft.</p> <p>Das Ergebnis betreffend Ressourcenindex ist für den Kanton Obwalden aber insofern nachvollziehbar, als dieser die Finanzkraft des Kantons in den zugrundeliegenden Bemessungsjahren 2012 bis 2014 widerspiegelt und sich in einer von uns erwarteten Entwicklung darstellt. Ergebnis und Entwicklungen bestätigen aus Sicht des Regierungsrats des Kantons Obwalden die Richtigkeit der 2005 lancierten Steuerstrategie.</p> <p>Was die Entwicklung der übrigen Kantone angeht, entzieht sich unserer Kenntnis. Entsprechend können wir auch die Entwicklung des Ressourcenausgleichs von 2 424,076 Millionen Franken (vertikal) bzw. 1 651,901 Millionen Franken (horizontal) nicht beurteilen.</p> <p>Dementsprechend nehmen wir vom Ergebnis der definitiven Berechnung Kenntnis und werden diese Zahlen in der Folge in unsere Planung aufnehmen. (...)"</p>

SG 22.8.	"(...) Wir haben die im Bericht «Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2018» der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV) vom Juni 2017 veröffentlichten Beträge des Bundesfinanzausgleichs für das Jahr 2018 und die entsprechenden Datengrundlagen geprüft, soweit uns dies aufgrund der verfügbaren Unterlagen möglich war. Bei der Kontrolle der von uns übermittelten Ursprungsdaten für den Ressourcenausgleich konnten keine Fehler festgestellt werden. Auch hat die Plausibilisierung der Ursprungsdaten der beiden Lastenausgleichsgefässe «Soziodemografischer Lastenausgleich» und «Geografisch-topografischer Lastenausgleich» keine Mängel zu Tage gebracht. Es liegen uns somit keine Hinweise vor, wonach die Ausgleichsbeiträge zugunsten des Kantons St.Gallen für das Jahr 2018 fehlerhaft sein könnten. (...)"
SH 8.8.	"(...) Wir haben die Zahlen im Bericht der Eidgenössischen Finanzverwaltung EFV zum Finanzausgleich 2018 zwischen Bund und Kantonen für den Kanton Schaffhausen plausibilisiert und für nachvollziehbar befunden. Einwände zu den Daten bestehen keine. (...)"
SO 7.7.	"(...) Wir (...) können Ihnen mitteilen, dass wir vom Bericht sowie den darin enthaltenen Zahlen Kenntnis genommen haben und mit der Berechnung einverstanden sind. (...)"
SZ 16.8.	<p>"(...) Der Regierungsrat hat die Berechnungen geprüft und stellt fest, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Schwyz gelieferten Daten basieren. Er geht davon aus, dass die Berechnungen seitens EFV korrekt vorgenommen wurden. Der Regierungsrat kann die NFA-Berechnungen 2018 vor dem Hintergrund der aktuellen Gesetzeslage nachvollziehen. (...)</p> <p>Aufgrund eines weiteren Wachstums der horizontalen Ressourcenausgleichszahlungen 2018 um 53.3 Mio. Franken bzw. 3.3% trotz der Tatsache, dass die beiden ressourcenschwächsten Kantone Jura und Wallis eine Ressourcenerstattung nach Finanzausgleich von 88.2% des schweizerischen Durchschnitts erzielen, sieht sich der Regierungsrat veranlasst, analog der Stellungnahme des Vorjahres wiederum den Antrag zu stellen, dass der Ressourcenausgleich gemäss den von der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) verabschiedeten Vorschlag der politischen Arbeitsgruppe umgesetzt wird.</p> <p>Antrag: Die Ausgleichssumme für den Ressourcenausgleich und damit die Ein- und Auszahlungen in den Ressourcenausgleich sollen sich jährlich nach dem Ausgleichsbedarf richten bzw. die Entwicklung der Disparitäten zwischen den Geber- und den Nehmerkantonen berücksichtigen.</p> <p>Begründung: Die Festlegung der Ressourcenausgleichsdotation und deren Fortschreibung führen in der heutigen Ausgestaltung dazu, dass die Ein- und Auszahlungen nicht adäquat auf die Entwicklung der Disparitäten zwischen den ressourcenstarken und -schwachen Kantonen reagieren. Die von der KdK eingesetzte politische Arbeitsgruppe hat diese Problematik anhand verschiedener Szenarien aufgezeigt und bestätigt. Wachsen beispielsweise die Ressourcenpotenziale der Geber- und Nehmerkantone genau im gleichen Umfang und die Disparitäten bleiben unverändert, so wird die Dotation des Ressourcenausgleichs in der heutigen Ausgestaltung aufgestockt, obwohl es dazu gar keinen Bedarf gibt.</p> <p>Die Zunahme der horizontalen Ressourcenausgleichszahlungen von 2017 auf 2018 für die Geberkantone beträgt 3.3% bzw. 53.3 Mio. Franken. Die beide ressourcen-schwächsten Kantone Jura und Wallis erzielen neu eine Ressourcenerstattung nach Finanzausgleich von 88.2% des schweizerischen Durchschnitts. Der gemäss Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich vom 3. Oktober 2003, SR 613.2, FiLaG, anzustrebende gesetzliche Zielwert liegt bei 85%. Es ist somit offensichtlich, dass eine krasse und dem Solidaritätsgedanken abträgliche Überdotierung des Ressourcenausgleichs vorliegt.</p> <p>Die Lösung der Problematik geben die Optimierungsvorschläge der von der KdK eingesetzten politischen Arbeitsgruppe vor, indem ein neuer Mechanismus für die Dotierung des Ressourcenausgleichs vorgeschlagen wird. Die Dotation soll nicht mehr im Voraus in einer politischen Diskussion für vier Jahre festgesetzt, sondern jährlich gestützt auf dem aktuellen Ressourcenindex berechnet werden. Die Dotierung soll dabei genügend hoch sein, um eine Mindestausstattung von 86.5 Indexpunkten des ressourcen-schwächsten Kantons gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt neu zu garantieren statt wie bisher anzustreben. Diese garantierte Mindestausstattung soll als feste Steuerungsgrösse in das FiLaG aufgenommen werden.</p> <p>Diese Anpassung liegt im Interesse aller Kantone. Die ressourcenschwächsten Nehmerkantone können sich auf eine garantierte Mindestausstattung verlassen. Die anderen Nehmerkantone enthalten Auszahlungen gemäss ihrem Stand des Ressourcenindex gegenüber dem schweizerischen Durchschnitt und die Geberkantone wissen, dass ihre Einzahlungen für den Ressourcenausgleich direkt vom Ausgleichsbedarf abhängig sind und keinen anderen Einflüssen unterliegen. Auch für den Bund ist ein solcher Mechanismus berechenbar und einfacher zu vollziehen als die bisherige Dotation für</p>

	vier Jahre zum Voraus mit einer allfälligen Nachkorrektur, wie sie für die Vierjahresperiode 2016–2019 beantragt werden musste. Mit der Umsetzung der neuen Regelung erhöht sich auch die Planbarkeit für die Nehmer- und Geberkantone sowie für den Bund. (...)"
TG 5.8.	"(...) Aus Sicht des Kantons Thurgau erscheinen die unterbreiteten Berechnungen und Daten als nachvollziehbar und korrekt Wir nehmen davon zu- stimmend Kenntnis. (...)"
TI 23.8.	<p>"(...) I dati utilizzati per determinare le quote perequative che spettano al Ticino secondo la legge sulla perequazione finanziaria sono stati controllati dall'Amministrazione cantonale e possono essere considerati corretti. Considerato inoltre che i dati di tutti Cantoni sono stati pubblicati solo dopo un attento esame del gruppo di lavoro "Qualitätsicherung", possiamo ritenere, in buona fede, che l'insieme delle valutazioni eseguite sia conforme ai criteri di qualità stabiliti dal capitolo 3 dell'ordinanza concernente la perequazione finanziaria e la compensazione degli oneri.</p> <p>Confermiamo inoltre di avere esaminato i metodi di calcolo impiegati e anche da questo profilo non abbiamo osservazioni particolari da segnalare, vista la loro conformità all'ordinanza federale. Si ribadisce tuttavia di avere riscontrato delle lacune nella documentazione pubblicata. In particolare chiediamo di voler inserire la documentazione tecnica dettagliata del calcolo dei sottoindicatori della compensazione degli oneri per permettere agli specialisti di verificare e valutare alcune scelte sul piano metodologico. Chiediamo inoltre che, per gli stessi motivi, di volerei trasmettere anche i dati di dettaglio utilizzati per il calcolo dell'indicatore di povertà cantonale, e più precisamente: lista delle prestazioni considerate, numero di beneficiari per prestazione, importo medio minimo ed eventuali ponderazioni parziali.</p> <p>Al di là di questi aspetti tecnici ribadiamo le nostre aspettative per quanto concerne una modifica del sistema, che tenga conto in modo più adeguato della reale situazione in cui si trova il nostro Cantone. Si tratta in particolare di trovare una risposta concreta ed efficace alle seguenti questioni:</p> <ul style="list-style-type: none"> • a proposito della compensazione degli oneri geo-topografici, il Canton Ticino ribadisce l'auspicio di rivedere la determinazione del sottoindicatore relativo all'altitudine degli insediamenti completandolo con un indicatore che misura la differenza di altitudine degli insediamenti di un Cantone rispetto al valore più basso o ad un valore dato. In questo senso, il Canton Ticino ha appreso con piacere della discussione svolta in seno al Gruppo sull'efficacia in merito ai risultati di uno studio dell'Ufficio federale di statistica che ha mostrato come, per il sottoindicatore relativo al declivio, l'utilizzo di un metodo alternativo che prevede di calcolare direttamente il declivio di un terreno indipendentemente dall'altitudine dello stesso, risulti maggiormente adatto rispetto a quello attuale (utilizzo dello SLOPE-METHOD al posto dell'attuale HEIGHT-METHOD). In questo senso il Canton Ticino auspica una modifica del metodo di calcolo come suggerito dallo studio. • Per quanto riguarda la compensazione degli oneri socio-demografici, il Canton Ticino riconferma la proposta di introdurre un indennizzo per i Cantoni di frontiera, sulla stregua di quanto già esiste per le città polo, poiché gli stessi hanno per loro natura più difficoltà a collaborare con gli altri Cantoni nell'offerta di servizi pubblici. Questa difficoltà risulta essere accresciuta per il Canton Ticino dal fatto che, oltre ad essere periferico, è anche minoranza linguistica: queste due componenti rendono oltre modo difficile la collaborazione intercantonale nell'offerta di servizi pubblici e causano costi supplementari. Nell'attuale struttura della perequazione, le prerogative dei Cantoni di frontiera non sono a nostra ragione sufficientemente considerate. • Anche a fronte degli importanti mutamenti avvenuti nell'economia a seguito dell'entrata in vigore degli accordi bilaterali, riteniamo necessario che sia tenuto debitamente conto delle particolari condizioni di questi Cantoni, da una parte svantaggiati per il fatto di essere periferici rispetto agli altri Cantoni e d'altra parte soggetti alle pressioni sul mercato del lavoro delle regioni d'oltrfrontiera, proponendo dei correttivi, sottoforma di indennizzi. • in questo senso, il Consiglio di Stato ritiene anche necessario procedere con un trattamento diverso dei redditi dei frontalieri nell'indicatore delle risorse (tramite una riduzione più consistente della quota di redditi considerati dall'attuale 75% al 50% e/o anche attraverso la presa in conto, perlomeno parziale, del numero di frontalieri nella popolazione utilizzata per calcolare il potenziale procapite). <p>In conclusione il nostro Cantone non ravvisa particolare criticità nei confronti del rapporto posto in consultazione, ma chiede un serio riesame del sistema che tenga maggiormente in considerazione la condizione particolare del Canton Ticino, quale cantone di frontiera.</p>

UR 22.8.	"(...) Wir haben die zur Verfügung gestellten Daten geprüft. Dabei haben wir keine Mängel festgestellt. Der Regierungsrat hat den Bericht und die darin enthaltenen Erläuterungen und Zahlen bzw. Berechnungen für den Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleich 2018 zur Kenntnis genommen und ist damit einverstanden. (...) "
VD 16.8.	<p>"(...) Concernant l'estimation pour l'année 2018, les données de base transmises par le Canton de Vaud, ainsi que leur utilisation dans les calculs qui déterminent l'indice des ressources ont pu être contrôlées grâce aux informations figurant dans le rapport de l'Administration fédérale des finances (AFF) du 20 juin 2017 ou au moyen des tableaux Excel mis à disposition par l'AFF sur son site internet. Dès lors, les chiffres 2018 pour le Canton de Vaud sont acceptés par le Conseil d'Etat, sous réserve des éléments suivants :</p> <ul style="list-style-type: none"> • dans l'hypothèse où une erreur devait être découverte a posteriori, le Canton de Vaud se réserve la possibilité de faire valoir des corrections rétroactives, en se fondant au besoin sur les conditions posées par l'art. 9a PFCC ; • notre Canton n'a la faculté de vérifier ni la qualité et l'exactitude des données de base des autres cantons, ni la reprise et l'utilisation correcte de ces données dans les calculs effectués par l'AFF. <p>Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud accepte les chiffres présentés dans le rapport relatif à la péréquation des ressources, compensation des charges et des cas de rigueur en 2018, sous les réserves expressément mentionnées ci-dessus.(...)"</p>
VS 16.8.	<p>"(...) L'examen des données de la péréquation des ressources 2018 n'appelle aucun commentaire de notre part sur les calculs effectués. Les données de base concernant le canton du Valais sont donc considérées comme correctes. Le Conseil d'Etat du Canton du Valais prend acte des chiffres publiés et saisit l'occasion de la présente audition pour relever les éléments suivants.</p> <p>1. La situation du canton du Valais s'est stabilisée avec une légère baisse de son indice de ressources de 66,9 à 66,8 points, alors que ce dernier était en baisse de 0,9 point de pourcent de 2016 à 2017 et de 1 point de pourcent de 2015 à 2016. Nous relevons par ailleurs que la situation des cantons à fort potentiel de ressources demeure très bonne, même si elle s'est quelque peu péjorée pour deux cantons, soit ZG et VD, ce dernier devenant même un canton bénéficiaire de la péréquation des ressources. Malgré une baisse de son indice de 20 points, le canton de ZG caracole toujours en tête des cantons les plus forts avec un potentiel de ressources par habitant 3,65 fois supérieur à celui du canton du Valais. Cette situation moyenne des cantons contributeurs traduit une nouvelle augmentation des disparités intercantionales. Elles justifient ainsi pleinement le maintien de mécanismes péréquatifs performants et le maintien du système actuel.</p> <p>Bien que l'audition n'amène aucune remarque particulière en ce qui concerne le calcul des chiffres 2018, le Gouvernement valaisan exprime toutefois sa vive inquiétude quant à l'avenir du système de péréquation fédérale. Les pressions continues exercées par les cantons à fort potentiel de ressources souhaitant diminuer leur contribution à la péréquation des ressources sont contraires à l'esprit d'un système de solidarité, issu d'un consensus, après de très longues années de travaux préparatoires. Les conclusions du rapport Marty, groupe politique de la CdC chargé de faire des propositions d'optimisation de la péréquation financière, ne tiennent pas compte de la situation actuelle qui se traduit toujours par une augmentation des disparités entre les cantons les plus forts et les cantons les plus faibles. Seule une diminution de l'alimentation par les cantons contributeurs à ce fonds semble les intéresser. Or, et on peut le constater avec le cas de ZG pour 2018, si la situation d'un canton se péjore par rapport à la moyenne de celle des autres, elle se répercute automatiquement sur la péréquation. Sans devoir changer le système, l'indice du canton de ZG baisse de 20 points, alors que celle d'autres cantons forts s'améliore en même temps que celle de certains cantons faibles. Le jeu des disparités fait donc pleinement son travail et le système doit être maintenu dans sa forme actuelle. Il a d'ailleurs fait ses preuves depuis son entrée en vigueur en 2008.</p> <p>Le canton du Valais ne pourra accepter une nouvelle baisse de l'alimentation du fonds de péréquation sur la base des propositions du rapport Marty. Ces dernières pénalisent d'ailleurs les cantons les plus faibles au profit des autres cantons faibles, ce qui n'est pas correct. De plus, toutes les propositions faites le sont uniquement en faveur des cantons contributeurs, au détriment de la Confédération également. Enfin, la volatilité des paiements qui pourrait résulter de l'application des propositions Marty sont un danger pour l'ensemble des cantons, qu'ils soient à faible ou à fort potentiel.</p> <p>Pour faire suite à la rencontre il y a quelques semaines des Directeurs des finances des cantons de FR, JU, NE et VS avec M. le Conseiller fédéral Ueli Maurer, suivie par celle des responsables techniques des cantons concernés avec MM. Peter Schwendener, sous-directeur de l'AFF, et Werner Weber,</p>

	<p>chef de la section Péréquation financière à l'AFF, nous invitons les membres du Groupe technique Efficacité à bien vouloir analyser l'ensemble des propositions faites par les cantons suisses, et notamment celles des quatre cantons faibles de Suisse romande, et non seulement uniquement les propositions du groupe de travail politique Marty.</p> <p>Nous rappelons que la dotation avait déjà été baissée de 165 millions en 2016 suite à des débats nourris aux Chambres fédérales. Il revient ainsi au Conseil fédéral, par son Département fédéral des finances, de s'assurer, au moment où la situation de plusieurs cantons à fort potentiel s'améliore à nouveau et que la situation économique et financière de plusieurs cantons à faible potentiel devient tendue, que le système de péréquation soit maintenu sans modification fondamentale et qu'il continue à jouer pleinement son rôle de solidarité entre les cantons et de réduction des disparités.</p> <p>2. En ce qui concerne la compensation des charges, nous réitérons notre position de l'année dernière quant à une répartition équilibrée des deux composantes de la compensation des charges. Il convient d'éviter qu'une dotation supplémentaire de la compensation des charges socio-démographiques n'augmente encore la disparité entre les cantons. La répartition des montants à disposition des fonds de compensation des charges doit demeurer identique, ceci d'autant plus que les montants touchés par les cantons financièrement forts au titre de la compensation des charges socio-démographiques sont souvent bien supérieurs à ceux touchés par les cantons faibles au titre de la compensation des charges géo-topographiques (CCG). De plus, seuls quatre cantons (ZH, BS, VD et GE) sont concernés par plus de 84 % des paiements au titre de la compensation des charges socio-démographiques (CCS). Il serait donc malvenu et illogique d'augmenter encore l'alimentation du fonds ces au détriment du fonds CCG comme le propose le rapport Marty.</p> <p>3. Le Conseil d'Etat valaisan réitère également ses craintes concernant la mise en œuvre de la PF17. Il importe que les équilibres péréquatifs actuels ne soient pas remis en question par cette réforme. La Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances doit veiller activement à bien vouloir s'assurer que les modifications futures qui seront proposées en lien avec la péréquation se limitent strictement aux seules adaptations techniques découlant de l'abolition des statuts fiscaux particuliers. La PF17 ne doit entraîner en effet aucune modification de fond de la péréquation financière. Il est donc primordial que les équilibres entre les cantons forts et les cantons faibles d'une part, et entre l'ensemble des cantons et la Confédération d'autre part, soient bien respectés afin de ne pas mettre en péril la solidarité fédérale, gage d'une cohésion et d'un bon équilibre politique et financier du pays.</p> <p>4. En conclusion, nous pouvons valider les chiffres 2018 de la péréquation financière intercantonale. Nous invitons toutefois la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des finances à soutenir activement le système actuel de péréquation qui a fait ses preuves jusqu'à ce jour, dans l'attente d'une analyse plus poussée dès que les premiers résultats liés à l'introduction future de la PF 17 seront connus. Il n'est en effet pas judicieux de vouloir apporter des modifications au système de base de la péréquation alors même que les effets financiers de la réforme fiscale des entreprises sont déjà très difficiles à cerner actuellement. Sans une ou deux années d'expérience et de données réelles connues découlant de la mise en vigueur de la PF 17, il apparaîtrait comme étant très audacieux de vouloir modifier le système de péréquation avant même de connaître les effets de la réforme fiscale sur les cantons et la Confédération. Une telle démarche pourrait remettre en cause le bon équilibre actuel entre cantons à fort et à faible potentiel de ressources. (...)"</p>
<p>ZG 21.8.</p>	<p>Unsere Plausibilisierung der Datengrundlagen hat ergeben, dass die Berechnungen auf den vom Kanton Zug gelieferten Daten basieren. Wir gehen davon aus, dass die Berechnungen aufgrund korrekter Datenlieferungen aller Kantone seitens EFV korrekt vorgenommen wurden.</p> <p>Dass der Kanton Zug 2018 erstmals weniger in den Ressourcenausgleich einzahlen muss als im Vorjahr, ist dem Wegfall eines Einmaleffekts geschuldet und nicht etwa einer Verbesserung des Systems. Alle anderen Geberkantone bezahlen erneut mehr. Gleichzeitig erreicht der ressourcenschwächste Kanton 2018 nach Finanzausgleich eine Ressourcenausstattung von 88,2 Prozent des Schweizer Durchschnitts, was einem neuen Rekordwert entspricht (2016: 87,8 Prozent). Die Dotation des Ressourcenausgleichs konnte im Jahr 2018 um fast 900 Millionen Franken gekürzt werden (Vorjahr: 771 Millionen Franken), und das geltende Mindestziel von 85 Prozent würde immer noch erreicht.</p> <p>Die politische Arbeitsgruppe der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat mit dem Projekt zur Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) einen Meilenstein gesetzt. Die aktuellen Zahlen 2018 belegen erneut, dass der geltende Ressourcenausgleich deutlich zu hoch dotiert ist und eine Reform des geltenden NFA dringend notwendig ist.</p>

	<p>Angesichts der zunehmenden Diskrepanz zwischen effektiver Entwicklung und gesetzlicher Vorgaben kommt dem Kompromiss der Kantone vom 17. März 2017 eine grosse Bedeutung zu.</p> <p>Die Geberkantone sind im Rahmen des Kompromisses der politischen Arbeitsgruppe der KdK den ressourcenschwachen Kantonen in finanzieller Hinsicht weit entgegengekommen. Wir erwarten daher, dass die Kantone den Kompromiss der KdK gegenüber dem Bund und im Parlament unverändert mittragen werden und verzichten darauf vertrauend im Rahmen dieser Anhörung auf Anträge zur Konzeption und zur Wirkung des NFA.</p>
<p>ZH 10.7.</p>	<p>"(...) Die politische Arbeitsgruppe der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) hat mit dem Projekt zur Optimierung des Nationalen Finanzausgleichs einen wichtigen Prozess angestossen. Die aktuellen Zahlen 2018 belegen erneut, dass der geltende Ressourcenausgleich deutlich zu hoch dotiert ist und eine Reform des geltenden NFA dringend notwendig ist. So muss der Kanton Zürich 2018 trotz unverändertem Ressourcenindex 19 Mio. Franken mehr in den Ressourcenausgleich einzahlen. Gleichzeitig erreicht der ressourcenschwächste Kanton 2018 nach Finanzausgleich eine Ressourcenausstattung von 88,2 Prozent des Schweizer Durchschnitts, was einem neuen Rekordwert entspricht (2016: 87,8%). Die Dotation des Ressourcenausgleichs konnte im Jahr 2018 um fast 900 Mio. Franken gekürzt werden (Vorjahr: 770 Mio. Franken), und das geltende Mindestziel von 85% würde immer noch erreicht. Angesichts des immer grösseren Auseinanderklaffens der effektiven Entwicklung von den gesetzlichen Vorgaben, kommt dem Kompromiss der Kantone vom 17. März 2017 eine grosse Bedeutung zu. Der Kanton Zürich ist im Rahmen des Kompromisses der politischen Arbeitsgruppe der KdK den ressourcenschwachen Kantonen in finanzieller Hinsicht weit entgegengekommen. Wir erwarten daher, dass die Kantone den Kompromiss der KdK gegenüber dem Bund und im Parlament unverändert mittragen werden und verzichten im Rahmen dieser Anhörung darauf, erneut Anträge zur Konzeption und zur Wirkung des NFA einzureichen.</p> <p>Die Schlusskontrolle der Datengrundlagen des Kantons Zürich hat ergeben, dass die Datenmeldungen an die eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) in zwei wirtschaftlich bedeutenden Fällen nicht korrekt waren. Es handelt sich dabei um die beiden folgenden Fälle:</p> <ul style="list-style-type: none"> • J70176: Die Unternehmung hat eine rektifizierte Steuererklärung eingereicht. • J101762: Die Unternehmung wurde erstmals in der Steuerperiode 2014 als gemischte Gesellschaft (Statuscode 4) besteuert, in der Datenmeldung an die ESTV jedoch als ordentlich besteuert gemeldet (Statuscode 1). <p>In beiden Fällen sind rektifizierte Steuererklärungen direkt dem Steuerkommissar eingereicht worden, welche im System unserer Dienstabteilung Inkasso nicht erfasst worden sind. Die Steuererklärungen inklusive Spartenrechnung lagen in beiden Fällen im Extraktionszeitpunkt jedoch vor, sodass sie mit Taxationsart 2 (definitiv veranlagt) berücksichtigt werden können. Aus Diskretionsgründen sind die korrekten Daten unter Bezugnahme auf dieses Schreiben direkt der ESTV übermittelt worden. Wir ersuchen um Berücksichtigung dieser Korrekturen für die NFA-Referenzjahre 2018 - 2020.</p> <p>Im Namen des Regierungsrates des Kantons Zürich kann ich Ihnen mitteilen, dass der Kanton Zürich zu den Datengrundlagen für den Kanton Zürich, zu den Berechnungen der EFV des Ressourcen-, Lasten- und Härteausgleichs und zu den sich daraus ergebenden Ausgleichszahlungen für das Referenzjahr 2017 im Übrigen keine Bemerkungen hat.</p>